

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

191 (19.8.1930)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Die 10 getragene Millimeterweite hat 12 Pfenning, Belegblätter 2 Pfenning und die 10 getragene 3 Pfenning. Die Zeitung-Millimeterweite hat 10 Pfenning, die 10 getragene 12 Pfenning, die 10 getragene 15 Pfenning, die 10 getragene 18 Pfenning, die 10 getragene 20 Pfenning, die 10 getragene 25 Pfenning, die 10 getragene 30 Pfenning, die 10 getragene 35 Pfenning, die 10 getragene 40 Pfenning, die 10 getragene 45 Pfenning, die 10 getragene 50 Pfenning, die 10 getragene 55 Pfenning, die 10 getragene 60 Pfenning, die 10 getragene 65 Pfenning, die 10 getragene 70 Pfenning, die 10 getragene 75 Pfenning, die 10 getragene 80 Pfenning, die 10 getragene 85 Pfenning, die 10 getragene 90 Pfenning, die 10 getragene 95 Pfenning, die 10 getragene 100 Pfenning.

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. D. oder 2,20 Mark o. D. Durch die Post 2,06 Mark o. D. Einzelverkauf 15 Pfenning o. D. Erscheint 5mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. D. Postfach 2050 Karlsruhe o. D. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. 2, Wollstraße 28 o. D. Fernruf 7020 und 7021 o. D. Telefontaxi-Station: Durlach, Hauptstraße 9; D. Baden, Hauptstraße 12; Rastatt, Poststraße 2; Offenburg, Hauptstraße 6

Nummer 191 Karlsruhe, Dienstag, den 19. August 1930 50. Jahrgang

Protest der Krankenkassen gegen die Verschlechterungen der Sozialversicherung durch das Kabinett Brüning-Stegerwald

18. Aug. (Freitag). Der am Sonntag im Stadttheater eröffnete 34. Krankenfasentag des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen stand ganz unter dem Eindruck der Reform der Notverordnung durchgeführten Krankenkassenreform. Es kann kein Zweifel darüber sein, daß die Stegerwald-Reform viel böses Blut gemacht hat und Ministerialdirektor vom Reichsarbeitsministerium, der die unbankbare Aufrechterhaltung der Reform in Dresden zu verteidigen, nicht übertraf gewesen sein, als die Kassenversammlung die Reform ablehnend entgegennahm. Größtes Maß von Unmut und Vertrauen im Kreise der Krankenkassen, das es bisher nicht gab, ist über seine frühere Brautramentation Gröber glorifizierte den Reichsarbeitsminister als Mann der Tat, als „Toll“ auf dem Gebiete der Krankenkassenreform.

finanzpolitische Zwecke verfolgt. Der Krankenkassenrat gibt daher seiner Forderung Ausdruck, daß der kommende Reichstag diese ungeschickliche Gesetzgebung wieder beseitigt und an ihre Stelle eine Reform der Krankenkassenversicherung im Sinne einer Fortentwicklung derjenigen sozialpolitischen Grundzüge setzen möge, zu denen sich die Nürnberger Tagung des Hauptverbandes bekannt hat.

Vorstand und Beirat haben dem Kongress folgendes unterbreitet: Die durch die Notverordnung des Reichspräsidenten erfolgten Einschränkungen der Krankenkassen entsprechen nicht dem Reformprogramm des Hauptverbandes. Wir stellen mit Bedauern fest, daß die Notverordnungen den Reformvorschlügen des Hauptverbandes nicht gerecht geworden sind. Diese Vorschläge werden vollständig aufrechterhalten. Von dem kommenden Reichstag wird die Erfüllung dieser Forderungen erwartet. Wir fordern alle Krankenkassen auf, bei der Durchführung der Notverordnung alle Härten gegenüber den Versicherten möglichst zu vermeiden, der schwierigen Wirtschaftslage des größten Teiles der Versicherten dabei Rechnung zu tragen und die Krankenkassen so zu gestalten, daß sie im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten den sozialen Bedürfnissen der Versicherten und ihrer Angehörigen gerecht werden kann.

Wahlhacher mit der Volksnot

Die letzten Tagen ist im Reichsanzeiger eine Verordnung der Reichsregierung erschienen, die lautet: „Der Zoll für Erbschaften ist auf 4 Mark für einen Doppelzentner festgesetzt.“ Die Verordnung ist unterzeichnet von den Ministern Dietrich und Schiele. Sie ist ein Beispiel für die Verdrängung der Vermögensgegenstände durch die Reichsregierung gegen den Willen der Sozialdemokraten. Die Verordnung bedeutet, daß für Erbschaften der Zoll um 275 Prozent erhöht wird, während der Zoll für Erbschaften unverändert bleibt. Sie bedeutet praktisch, daß in der einen großen Masse aus der Arbeit geworfener Arbeiterfamilien in erster Linie die billigeren Hülfsmittel, wie Fleisch, nicht erreichbar ist, die wichtigste Nahrungsmittelquelle verweigert wird. Es ist eine Verweigerung des Lebens für mindestens 5-6 Mio. von zu erwarten. Die Regierung lag zum Erlaß dieser Verordnung, der die Massen in den Reichsteilen, nicht vor, Erbschen werden in der Hauptstadt in Mitteleuropa und in Ostpreußen auf den großen Gütern erzeugt. Die Erbschen sind einfließen. Sie liegen bei 150 Prozent des Normalpreises und stehen zweifellos unter den meisten agrarischen Erzeugnissen mit am günstigsten. Es gibt überhaupt keine wirtschaftlichen Gründe für dieses neue Attentat gegen die heutige Volkswirtschaft. Es gibt nur politische Gründe dafür und diese sind einfach: Es sollte dem Landbund für den Reichsanzeiger und die Reichsregierung noch ein Gesicht, um den Reichsanzeiger den Finanzminister noch nicht endgültig für Schiele zu gewinnen. Nach der letzten Landbundparole: „Siedele die Nationalsozialisten“ hat man die Verdrängung lebenswichtiger Erbschen zu Gunsten der politischen Machziele der deutschen Regierung zu einem neuen Triumph feiern lassen. Die Zulage auf die Erbschen der Reichsregierung für seinen Landbund der Untergruppen, die Herr Schiele für seinen Landbund der Untergruppen, die Reichsregierung und die Reichsregierung, zu dessen Reichsregierung Herr Reichsregierung Amt nach Helsingfors gereist ist.

wie so keine Butter essen, denn Butter ist zu teuer, so hat die Regierung Brüning auch noch die Margarine dadurch zu verteuern und zu verschlechtern versucht, daß man — das man zur Festigung der Regierungslabilität — zu Gunsten der Fleischer einen Preisbindungswang von deutschem Kindertage bei der Margarineproduktion durchzuführen vertritt. Diese Liste fällt nur das letzte halbe Jahr und betrifft nur die wenigsten Dinge, mit denen die Volksernährung verschlechtert werden sollte, hauptsächlich dem agrarischen Interessentenbauern zu Liebe, der in der Reichsregierung entscheidend mitbestimmt.

Reichsminister Dietrich Spitzenkandidat

Ein außerordentlicher demokratischer Parteitag des Wahlkreises Berlin vollzog am Montagabend die Kandidatenaufstellung der Reichstagswahl. Nach einer Vereinbarung mit der Koalitionsnationalen Reichsvereinigung sind die drei ersten Plätze auf der gemeinsamen Liste demokratischer Kandidaten vorbehalten. An die erste Stelle wurde Reichsfinanzminister Dietrich gewählt. Reichsminister a. D. Koch-Weser, der ursprünglich als Spitzenkandidat für Berlin angenommen wurde, wird jetzt die Reichsliste führen.

Die Reichsliste der Zentrumspartei

Der Reichsparteivorstand der deutschen Zentrumspartei beschloß nach längerer Beratungen im Reichstag die Zusammenstellung der Reichsliste für die bevorstehenden Wahlen. Die Liste wird geführt durch Reichsminister Dr. Brüning und Prälat Kaas. Es folgen dann an erster Stelle als Vertreter der Industrie Geheimrat Finanzrat Bürger-Köln und Florian Köhler, als Vertreter der Frauen Fräulein Reerenboom-Düsseldorf und als Vertreter des Reichsjugendauschusses der Zentrumspartei August Winkler-Köln.

33 Nationalsozialisten zwangsgestellt

Königsberg, 18. Aug. Im Großbedruck (Kreis Fischhausen) kam es am Sonntag nachmittags zu einer schmerzlichen Schlägerei zwischen Nationalsozialisten aus Königsberg und Ortsbewohnern, wobei acht bis zehn Personen, darunter einige schwer, verletzt wurden. Bei ihrem Eintreffen in Königsberg wurden 120 Nationalsozialisten von der Schutzpolizei festgesetzt und nach Wuffen durchsucht. 33 Personen mußten, da sie sich nicht ausweisen konnten, zwecks Feststellung ihrer Personalien zur Polizeiwache gebracht werden.

Notstandsarbeiten in Italien

Rom, 18. Aug. Das umfassende Programm der Notstandsarbeiten, das die italienische Regierung zur Bekämpfung der Winterarbeitslosigkeit aufgestellt hat, ist nach Mitteilung von sozialistischer Seite bereits durch bedeutende Geldmittel finanziert. Mit den staatlichen Notstandsarbeiten, die Ende Oktober schon in vollem Gange sein sollen, finden über 200 000 Arbeiter in den Wintermonaten Beschäftigung und Verdienst. Daneben sind von den großen Städten in Verbindung mit der Regierung weitere Notstandsarbeiten geplant. Das italienische Arbeitslosenproblem, das nur als ein Ausfluß der Weltwirtschaftskrise betrachtet werden könne, wird mit diesen Maßnahmen nicht vollständig gelöst.

Die Kopfsteuer

Von Dr. Erich Rinner.

Die Bürgerblockregierung Brüning hat den Mut aufgebracht, die Kopfsteuer zum zweiten Mal durch die neuen Notverordnungen einzuführen. Aber sie hat dabei den Versuch gemacht, dieser unsozialen aller Steuern ein soziales Mäntelchen umzuhängen. Ursprünglich sollte die Kopfsteuer von allen Männern und Frauen mit demselben Satz erhoben werden. Die arme Heimarbeiterin, der schlechtbezahlte Landarbeiter, die niedrig entlohnenden Arbeiter und Angestellten in Industrie und Gewerbe sollten von ihren fargen Löhnen denselben Beitrag entrichten, wie der Generaldirektor oder der Millionär.

Nachträglich hat man aber doch wegen dieser Ungeheuerlichkeit Bedenken bekommen. Aus Angst vor den Wählern ist jetzt die Abgabe gestaffelt worden. Das aber ist in einer Weise geschehen, durch die die Kopfsteuer nicht das geringste von ihrer Brutalität einbüßt. Die neue Notverordnung bestimmt, daß bis zu 8000 M. Jahreseinkommen 6 M. Kopfsteuer zu entrichten sind, zwischen 8000 und 25 000 M. Einkommen 12 M. und so weiter bis zu den wenigen Rieseneinkommen von über 500 000 M., die jährlich 1000 M. an Kopfsteuer entrichten sollen.

Die bürgerliche Presse behauptet jetzt, daß man infolge dieser Staffelung nicht mehr von einer Kopfsteuer reden könne, sondern daß es sich um einen Zuschlag zur Einkommensteuer handle. Diese Behauptung ist eine dreifache Lüge. Gerade wenn man die Kopfsteuer in ihrer neuen Form als einen Zuschlag zur Lohn- und Einkommensteuer betrachtet, tritt ihr unsozialer Charakter besonders kraß hervor. Hierfür einige Beispiele:

Ein Familienvater mit zwei Kindern und dem färglichen Jahreseinkommen von 1825 M. hat jährlich 12 M. Lohnsteuer zu zahlen. Er muß jetzt dazu für sich und seine Ehefrau eine Kopfsteuer von 9 M. entrichten. Das ist also ein Zuschlag von 75 Prozent seiner bisherigen Lohnsteuer.

Der gut bezahlte Angestellte mit einem Einkommen von über 15 000 M. jährlich, hatte bisher ein Einkommensteuer von rund 1800 M. zu zahlen. Er muß in Zukunft für sich und seine Ehefrau 18 M. an Kopfsteuer zahlen. Für ihn bedeutet also die Kopfsteuer nur einen Zuschlag von 1 Prozent seiner Einkommensteuer.

Der Schwerverdiener mit einem Jahreseinkommen von 100 000 M. unterliegt einer Einkommensteuer von jährlich 30 000 M. Seine Kopfsteuer macht dagegen für ihn und seine Ehefrau nur ganze 150 M. im Jahre aus. Hier stellt somit die Kopfsteuer nur noch einen Zuschlag von einem halben Prozent zur Einkommensteuer dar!

So sieht dieser famose Zuschlag zur Einkommensteuer aus! Je höher das Einkommen ist, um so geringer wird der Zuschlag. Bei den kleinsten Einkommen bedeutet die Kopfsteuer fast eine Verdoppelung ihrer bisherigen Steuerlast; bei den hohen Einkommen ist die Mehrbelastung überhaupt nicht mehr fühlbar. Und das ist es gerade, was der Bürgerblock mit dieser Steuer bezwecken will: Nur die kleinen Einkommen sollen empfindlich getroffen werden, nur für die am geringsten bezahlten Arbeiter und Angestellten soll sie eine harte und drückende Mehrbelastung sein. Nur um den Schein zu wahren, zieht man überhaupt die wohlhabenden Schichten mit heran. Und trotz der Staffelung hat man es verstanden, die Kopfsteuer so einzurichten, daß die hohen Einkommen überhaupt nicht fühlbar getroffen werden.

Aber damit nicht genug. Dieser übersein ausgeklügelte „Zuschlag“ zur Einkommensteuer soll sogar von denen erhoben werden, die überhaupt keine Einkommensteuer zu zahlen haben. Auch die Einkommen unter 1200 M. jährlich, die bisher keine Lohnsteuer und Einkommensteuer zu entrichten hatten, müssen in Zukunft Kopfsteuer zahlen. Die Regierung Brüning hat in diesen Fällen den Satz der Kopfsteuer großmütig von 6 M. auf 8 M. ermäßigt. Aber was bedeutet das?

Ein Invalidenrentner, der mit einer monatlichen Rente von 30 M. kümmerlich sein Dasein fristet, muß 3 M. an Kopfsteuer entrichten. Da er nur 1 M. für den Tag zu verzeichnen hat, raubt ihm die Kopfsteuer den Lebensunterhalt für drei Tage. Ein hoch bezahlter Angestellter jedoch, der ein Monatseinkommen von 1500 M. hat, also 60 M. täglich verdient, braucht nur 12 M. Kopfsteuer zu zahlen. Für ihn macht die Kopfsteuer also nur den fünften Teil eines Tagesverdienstes aus.

So wagt die Regierung trotz der Staffelung! Es bleibt dabei, daß die Sozialrentner und die Erwerbslosen, die Kriegsbeschädigten und die Unfallrentner mit dieser Steuer belastet werden, auch wenn ihr Einkommen noch so klein ist und nicht entferntesten zum Lebensunterhalt ausreicht. Nur die Empfänger von Arznenunterstützung und die Wohlfahrtsrentner werden freigelassen, aber nur, weil man nicht die Männer und Frauen einer besonderen Gemeindefürsorge unterwerfen konnte, die von der Gemeinde unterstützt werden. Vor diesem Widerstand ist man doch zurückgeschreckt.

Die „Staffelung“ der Kopfsteuer ist ein würdiges Gegenstück zu der unsozialen Ausgestaltung der Reichshilfe und der Lebigensteuer. Auch bei der Reichshilfe der Beamten ist der Zuschlag zur Lohn- und Einkommensteuer bei den kleinen Einkommen viel höher als bei den großen. Der Beamte mit 200 M. Monatseinkommen muß einen Zuschlag von 90 Prozent entrichten, der Beamte mit 2000 M. Einkommen aber nur einen Zuschlag von 20 Prozent. Ebenso ist es bei

der Ledigensteuer. Die ledigen Männer und Frauen mit geringem Einkommen müssen einen Zuschlag von mehr als 25 Prozent entrichten, die mit hohem Einkommen aber werden nur mit 10 Prozent Zuschlag belastet.

So zeigen alle Steuerpolitischen Maßnahmen der Bürgerblodregierung den gleichen unsozialen, plutokratischen Charakter: drückende Mehrbelastung der Schwachen und zugleich schonendste Behandlung der Leistungsfähigen. Der Bürgerblod mag sich drehen und wenden wie er will, was er auch immer unternimmt, aus Scham über die Brutalität seiner Maßnahmen, aus Angst vor der Abrechnung am Wahltage, es wird ihm trotz aller Heuchelei nicht gelingen, seine wahren Absichten zu verbergen. Die Wähler werden seine Absichten erkennen und werden dem Bürgerblod am 14. September die Antwort erteilen, die er verdient.

Finanzierung des Wohnungsbaues

Ein Rundschreiben des Reichsarbeitsministers vom 8. August 1930 sieht — in Ergänzung des in der Presse bereits veröffentlichten Schreibens über das zuzulässige Bauprogramm für 1930 — nähere Bestimmungen für die Finanzierung dieses Bauprogramms vor. Der neue Erlass betrifft hauptsächlich die Zwischenfinanzierung. Die Bankkreditgesetze 1929 und 1930 ermöglichen es der Deutschen Bau- und Bodenkreditbank A.G. in Berlin, für eine Zwischenfinanzierung erste Hypotheken zu bezeichnen. Hierdurch wird der heimische Kapitalmarkt wesentlich entlastet. Die Zwischenkredite werden auf ein Jahr, jedoch nicht länger als bis zum 15. August 1931 gewährt. Ihre Verzinsung wird nicht über 7 1/2 Prozent bei voller Auszahlung liegen. Dieser Zinssatz ist in Anbetracht der allgemeinen Lage auf dem Geld- und Kapitalmarkt so günstig, daß den Länderregierungen empfohlen wird, die Finanzierungsmaßnahmen der allgemeinen Lage nachher näher anzusehen. Da die Zinsen für das Baukapital eine nicht unbedeutende Rolle spielen, sollen die Zinsbedingungen für die Zwischenfinanzierung vor Genehmigung jedes Bauvorhabens nachgeprüft werden. Voraussetzung für Gewährung der Zwischenkredite ist die Vorlage einer gesicherten Dauerfinanzierung. Einzelheiten über die Bedingungen der Zwischenkredite und ihre Sicherung sind bei der Deutschen Bau- und Bodenkreditbank und ihren Zweigniederlassungen zu erfragen. Im übrigen haben die Bauherren für die Beschaffung der ersten Hypothekensumme — mit Ausnahme des Reichsbaukredits — auch für die Restfinanzierung selbst zu sorgen.

Im Hinblick auf die Erreichung einer möglichst billigen Verzinsung des Baukapitals enthält der Erlass die Weisung, daß Reichsbaukreditlehen keinesfalls gewährt werden dürfen, falls die Zins- und Tilgungsbedingungen für die aus dem privaten Kapitalmarkt entnommenen Hypotheken ungünstiger liegen als die zurzeit üblichen Sätze der führenden Institute des privaten und öffentlichen Realcredits. Von vertriebenen Seiten wurde die Befürchtung geäußert, daß Gemeindefürsorge die Durchführung der Maßnahmen des Reiches ihre eigene Zulässigkeit entsprechend einschränken würden, und daß dadurch die Zulässigkeit der Maßnahmen des Reiches gefährdet werden könnte. Der Reichsarbeitsminister hat deshalb die Länder ersucht, dieser Frage ihre größte Aufmerksamkeit zu widmen, und erklärt, daß, falls gegen den Grundgeden der Zulässigkeit im Einzelfalle verstoßen würde, sämtliche für die betreffende Gemeinde oder den betreffenden Bezirk gewährten Reichsdarlehen zurückgezogen würden.

Änderung des Wahlrechts

Das Reichskabinett hat sich am Dienstag mit einem vom Reichsinnenministerium ausgearbeiteten und bisher streng geheim gehaltenen Gesetzentwurf über die Reform des Reichstagswahlrechts beschäftigt. Der Entwurf beruht auf der Initiative des Reichsinnenministers Dr. Wirths und besetzt, insbesondere die in den letzten Monaten vom Zentrum immer wieder geforderte Wahlreform in den neuen am 14. September zu wählenden Reichstag in Fluß zu bringen.

Der Gesetzentwurf sieht vor allem die Befreiung der Reichswahlkreise und die Verkleinerung der Wahlkreise vor. Gegenwärtig gibt es 35 Wahlkreise. Die kleinsten Wahlkreise (Mecklenburg, Pfalz) haben eine Wohnbevölkerung von rund einer Million, die größten (Westpreußen, Westfalen-Nord, Westfalen-Süd, Oberbayern, Schwaben, Franken, Württemberg) eine Wohnbevölkerung von mehr als 2 1/2 Millionen (nach der Zählung vom Juni 1925, deren Ergebnisse inzwischen natürlich überholt sind). Nach dem neuen Entwurf sollen künftig 162 Wahlkreise gebildet werden, mit einer durchschnittlichen Bevölkerungszahl von 300 000. Da das Wahlalter beibehalten wird, bedeutet dies Wahlkreise mit rund 250 000 Wahlberechtigten und (80 Prozent Wahlbeteiligung vorausgesetzt) rund 200 000 Wählern. Die Reststimmen sollen nach dem Entwurf in Zukunft in den Wahlkreisen verteilt und aufgeteilt werden.

Reichsbanner und Staatspartei

Berlin, 18. Aug. (Eig. Drabl.) Vor wenigen Tagen hat im demokratischen Klub in Berlin eine Sitzung der demokratischen Reichsbannerfunktionäre stattgefunden, die sich mit der Gründung der Staatspartei beschäftigte. Im Verlauf der Besprechung soll von mehreren demokratischen Reichsbannerfunktionären die Erklärung abgegeben worden sein, daß sie nicht daran denken, sich der Deutschen Staatspartei anzuschließen. Sie werden sich wahrscheinlich zunächst in der „Unabhängigen Demokratischen Vereinigung“ organisieren.

Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie

Im Wahlkreis Frankfurt a. O. ist eine Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie gebildet worden, die von der Staatspartei bis zur Volkspartei reicht. Urheber dieser Front ist die Arbeitsgemeinschaft der Niederlaufener Wirtschaft, die von dem Braunkohlenindustriellen Pelschek beherrscht wird. Wie eng die Staatspartei bereits mit Pelschek, dem Finanzier des Stahlhelms, verbunden ist, geht u. a. auch daraus hervor, daß sie ihre Büroräume in dem fast ausschließlich unter dem Einfluß von Pelschek stehenden Braunkohlenanbital, Berlin C., Sunienstraße 2, untergebracht hat.

Wie hoch die Summen sind, die Pelschek in den letzten Jahren dem Stahlhelm zur Verfügung gestellt hat und welche Beträge er jetzt u. a. auch der Staatspartei aushändigen wird, dürfte die Öffentlichkeit wahrscheinlich nie genau erfahren. Daß die Beträge aber in die Hunderttausende gehen, steht außer allem Zweifel. Das für den Stahlhelm bestimmte Geld wurde bzw. wird über den deutschen Industrie-Braunkohlenverein, und zwar durch dessen Generaldirektor Dr. A. Pelschek, gesandt. Empfänger war oder ist im allgemeinen der Berliner Stahlhelmmajor Stephan. Pelscheks Sympathien gehören dem Stahlhelm, weil er in ihm ein Gegenmittel gegen die freien Gewerkschaften sieht, ein williges Organ in den Händen des Unternehmertums bei der Abwehr berechtigter Forderungen der Arbeitnehmerkraft.

Mit diesem Pelschek, dem Vater des bekannten Kapitalkontos beim Braunkohlenanbital zur Unterstützung von Streikbrechern von rechtsradikalen Verbänden, Sememördern usw., hat sich die Staatspartei auf Gebeth und Verberben verbündet. Sie wird und muß der Sklave dieses Unternehmens sein, weil sie sonst nicht leben kann.



Rußland: das „Land in Waffen“.

Russische Mädchen mit ihren männlichen Kameraden bei den militärischen Übungen.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der Zentralausschuß ein neues vom Rat der Volkskommisare ausgearbeitetes Gesetz angenommen, das die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht auch für Frauen vorseht. Alle Teile der Bevölkerung sollen zu einem „Kriegsproduktiven“ Dienst herangezogen werden, zu dem Industrie- und Landwirtschaftsarbeiter verpflichtet sind.

Unruhe um Hanking

Paris, 18. Aug. Wie die Agentur Indopositive aus Schanghai meldet, haben die Hunan-Truppen Tschanu ohne Zwischenfall besetzt. Amerikanische katholische Missionare, die nach 13jähriger Frist in Hunan einetroffen sind, äußern ihre Bedenken über das Schicksal eines protestantischen Geistlichen und mehrerer in der Stadt der Kamichau (Provinz Kiangsi) zurückgebliebenen Familien, wo die Kommunisten unter Leitung von Studenten des Sowjetregime eingeführt haben. Der Korrespondent der Agentur Havas, der Hanking besucht hat, berichtet: In der Hauptstadt herrscht trotz der militärischen Fortschritte der Truppen große Besorgnis, und Tschiangtschik sieht seine letzten Reste an Menschen und verfügbaren finanziellen Mitteln auf. Die Mehrzahl der Wehrkräfte ist militärisch tarifiziert worden. Die Banditenüberfälle haben zugenommen und greifen bis an die Mauern der Hauptstadt an sich. Ein Banditenführer hält ein Landhaus, das Tschiangtschik selbst gehört und nur 10 Kilometer von Hanking entfernt ist, besetzt. Die Soldaten plündern. Die revolutionäre Gefahr in der Hauptstadt wird immer drohender. Die Behörden suchen durch Weisungsbefehle dagegen anzusehen. Auch einflußreiche Persönlichkeiten wurden hingerichtet.

Gerüchte um Hindenburg

Amthild wird mitgeteilt: „Zu dem in einem Teil der Presse aufgetauchten Gerücht, das den Herrn Reichspräsidenten mit der Besprechung zwischen Herrn Reichsminister Schiele und dem Kammerherrn von Hindenburg-Zanhusch in Verbindung bringen oder von einer bevorstehenden Zusammenkunft des Herrn Reichspräsidenten mit dem Führer der nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Adolf Hitler, wissen will, wird nochmals festgestellt, daß diese Meldungen in allen Teilen unzutreffend sind. Der Herr Reichspräsident, der zurzeit seinen Erholungsurlaub in Dietramszell verbringt, hat keinerlei Schritte in dieser Hinsicht unternommen. Er mischt sich grundsätzlich in keiner Weise in den Wahlkampf ein. Auch seine Bemerkung in dem Proseß gegen Dr. Goebbels hat keinerlei politische Gründe, sondern ist aus rein menschlichen Erwägungen erfolgt.“

Die Kämpfe in Ägypten

Kairo, 18. Aug. (Eig. Drabl.) Der Aufforderung des Wafd zur passiven Resistenz Folge leistend, haben zahlreiche vermögende Gegner der Diktaturregierung des Königs in letzter Zeit die Zahlung von Steuern verweigert. Jetzt hat die Regierung die repressive Beschlagnahme der Vermögen der Steuerverweigerer angeordnet. Der Wafd kündigt gegen die Anordnung der Regierung neue Abwehrmaßnahmen an, will jedoch zunächst die Rückkehr der nach London entsandten Delegation abwarten.



Große Luftmanöver über England

Oben: Das neue englische Kleinbombenflugzeug nimmt vor dem Flug in „Reinheitsland“ Bomben an Bord. Unten: Scheinwerfer und Laut-Regengeräte neuester Konstruktion werden für den nächsten Angriff vorbereitet.

Die großen dies-ölbetriebenen Luftmanöver in Südenland werden ohne Unterbrechung 4 Tage lang dauern und mit einem Großkampf enden, an dem sich auch durch Radio gesteuerte, führerlose Flugzeuge beteiligen werden.

Goebbels oder die Justizschande

Die Richter verurteilen den Verleumder nach dem Maßstab

Das Landgericht III in Berlin verurteilt Goebbels zu 600 Mark Geldstrafe, bezw. 30 Tagen Gefängnis und in der Strafbefehlssache zu 400 Mark Geldstrafe bzw. 20 Tagen Gefängnis.

Herr Goebbels ist verurteilt. Zu Geldstrafen. Die Geldstrafe zählt Herr Goebbels nicht mit der linken und nicht mit der rechten Hand, sondern überhaupt nicht. Diese Strafen zählt die sozialistische Arbeiterpartei. Die Gerichte, die Herrn Goebbels verurteilt haben, wissen das natürlich ganz genau. Es ist ganz allgemein üblich, daß Organisationen, soweit sie dazu in der Lage sind, ihre zufälligen Vertreter nicht für die finanziellen Konsequenzen von Verleumdungsprozessen verantwortlich machen.

Mit Recht hatte der Staatsanwalt in der Verleumdungssache die Reichsregierung sechs Monate Gefängnis im Strafmaß und in der Sache Grzesinski, von dem Goebbels in der Nacht 1929 im Angriff behauptete, daß er sein Ministeramt „in der letzten Woche zu niedrigen parteipolitischen Zwecken mißbraucht“ hat, drei Monate. Bei der Begründung des Strafmaßes hat Herr Goebbels mit Recht „eine größere Verminderung der politischen Strafen nicht möglich, eine Geldstrafe infolgedessen keine angemessene Sühne“.

Über das Gericht — — — Das Gericht ist ganz offenbar der Meinung, daß eine Sittenverwilderung ruhig Platz greifen darf. Das Gericht ist offenbar der Meinung, daß Herr Goebbels weiter schreien, verleumden, weiter den Staat unterhöhlen darf. Das Gericht ist ganz offenbar der Meinung, daß der Dreck des Herrn Goebbels Schmutz ist auf dem Schilde der Nation. Aus diesem Grunde teilt das Gericht Herrn Goebbels nach dem Maßstab „in der Grunda“ das Gericht Herrn Goebbels eine Geldstrafe mit und aus diesem Grunde „straf“ das Gericht praktisch nicht auf Goebbels, sondern es lobt ihn, es ermuntert ihn! Nicht nur die Nazis sind eine Schande für Deutschland, sondern ebenso große Schande für Deutschland ist diese Justiz.

Die Volkskonservativen juchen Wähler

Ein Aufruf an die Stammische

Die konservative Volkspartei hat ihre Kandidaten aufgestellt, und siehe da, es dominieren die Grafen und Herren. Nun braucht man dazu aber noch Staffage, und die das „Volk“ markieren, und wenigstens für ein paar Standstimmchen sorgen. Sie werden transpakt gehalten, „Volkskonservativen Stimmen“, das Organ des Herrn vranus, veröffentlicht folgenden Aufruf:

Wir brauchen Anführer! In den nächsten Wochen werden Werbedruckfahnen in großer Zahl hinausgeschickt werden. Wir brauchen Anführer! Konservative Menschen suchen wir in Vereinen und Schützengruppen, in Wärderbänden und Verbänden, in den Organisationen der Altstadtkameraden und in den Organisationen der Arbeiter, liberal, wo immer wir sind, wir suchen die Verantwortung für Volkstum und Staat eine Stelle hat. Geben Sie uns geeignete Anführer! Konservativ, Volkspartei, Reichsgeschäftsführer!

Stammische an die Front! Wie wäre es, wenn die Geschäftsstelle der Konservativen Volkspartei sich bei Adressenbüchern abhannieren würde? Vielleicht stellt die besten Herrn Hall-Hallern als bewährten Parteiführer an. Der Wärderepreiger g u l a o n a g e l will ebenfalls kandidieren und reißt nach Unterschriften für seine Kandidatur. Vielleicht können beide Geschäfte fusioniert werden. Die politische Groteske der Herren Offiziere, die nach den von Parteifeldaten suchen, ist nicht zu überbieten.

Das Nazistrolchtum

Zu den Vorgängen in Wolfenbüttel (Braunschweig) gemeldet:

Die hiesige Nazibewegung sind in der Nacht zum Sonntag in Wolfenbüttel vertrieben worden. Der dem Reichsbanner angehörige Elektriker Lohmann, der erst vor kurzem aus dem Reich entlassen worden war, wurde von Nationalsozialisten, die einen Hochzeitsfeier kamen, mit Faustschlägen niedergerungen und er wurde in seiner Wohnung verhaftet. Er wurde nach Wolfenbüttel gebracht und dort weiter verurteilt. In der Veranlassung angeschlossen. Der Arbeiter Lohmann, der ein jähriges Kind bei sich hatte und ein vierjähriges Kind in der Hand führte, erhielt einen Schuß in das linke Bein. Die Polizei erhielt einen Schuß in das linke Bein. Die Polizei verhaftete den nationalsozialistischen Begehrer. Bei ihnen wurden eine Revolver, ferner Messer und Dolche gefunden.

Die Zahl der Kriegsbeschädigten

Die abgeschlossene Zählung der Kriegsbeschädigten hat ergeben, daß Deutschland zur Zeit 839 396 Kriegsbeschädigte aufweist. Die Zahl der Beschädigten ist seit 1924 um 118 465, im Vergleich um 31 800 gestiegen.

Uebertritt zu den Sozialdemokraten

Der Vorsitzende der Königsberger demokratischen Partei, der „Vorwärts“, meldet, zur sozialdemokratischen Partei getreten.

Das Eisenbahnglück in Kreuzwald

Paris, 18. Aug. Bei dem Zusammenstoß in Kreuzwald (Frankreich), bei dem vier Personen getötet wurden, wurden die letzten Feststellungen insgesamt 35 Personen verletzt. Sechs Verwundeten mußten die Beine abgetrennt werden. Der aus Sarlois kommende Personenzug, der sich in Kreuzwald aufhob, war von Arbeiterkolonnenführer der Züge konnten den Zusammenstoß nicht ausbleiben, da ihre Maschinen am Ende der Züge festgehalten waren von dem Weichensteller vor den Zug aus Sarlois gekommen.

Blinkwunder

Die 2. Kreisregatta des 10. Kreises in Worms

Das Kreistreffen der Wasserfahrer konnte der technischen Schwierigkeiten wegen nicht mit dem allgemeinen Kreisfest in Karlsruhe durchgeführt werden und es war kein Festprogramm der Kreisleitung, das die Regatta dem Wormser Verein übertragen wurde. In Worms sind alle Voraussetzungen gegeben, eine Regatta auf einem weitläufigen Rennstrecke durchzuführen. Es muß unbedingt ausgerollt werden, daß technisch und organisatorisch die Regatta sehr gut vorbereitet wird und es dem Wormser Verein dankend zuerkannt werden muß, daß er hierzu sein Möglichstes beizutragen hat. Das Wetter hatte mit den Arbeiter-Wasserfahrern recht gute Einigkeit; denn schon früh morgens kündete die Sonne, daß sie heute unter Selbstbeleiher sein will, und bruno, sie hielt Wort. Das Regattagelände war in einen kleinen Wald von Bundes- und Reichswäldern gesäumt, was der Veranstaltung äußerlich ein festliches Gepräge gab. Auch ließen es sich die Anbänger unserer Bewegung in Worms und der näheren Umgebung nicht nehmen, in großer Masse zu erscheinen.

Am Beginn der Nachmittagsrennen hatten sich über 600 Zuschauer am Zielgebäude eingefunden, um dem spannenden Verlauf der einzelnen Rennen zu folgen. Die Beteiligung der Kreisvereine war eine sehr gute. In 20 Rennen beteiligten sich nahezu 200 Fahrer mit nahezu 150 Booten. Das auch die Kanulader in der Lage sind, höchste Verbesserungen in der Leistung hervorzubringen, zeigte am besten, mit welchem feinsten Gefühls- und Formensinn die einzelnen Boote im Schiffsbau hergestellert sind. Sämtliche Rennen verliefen vom Start bis zum Ziel äußerst spannend und wurde mancher Kampf erst in den letzten Metern entschieden. Es ist zu wünschen, daß die 2. Kreisregatta zur allgemeinen Seebada des Arbeiter-Wasserports in Worms beiträgt. R. W.

- Resultate der 2. Kreisregatta des 10. Kreises in Worms**
- R. 1. 1er Kajal für Jugend männl. 600 Meter, Kl. 1: 1. Rorzenheim, Worms, 2. Hoffmann, Frankenthal, Schw. 3. Hülich, Darmstadt.
 - R. 2. 2er Kajal für gem. Mannsch. 800 Meter, Kl. 4: 1. Demmerle-Sammer, Speyer, 2. Steinacker-Blumenheim, Schw. Frankenthal, 3. Gögell-Adler, Greis, Schw. Frankenthal.
 - R. 3. 1er Kajal für Männer sen. 1000 Meter, Kl. 4, Kreisweitschiff: 1. Berzberger, Sandhofen, 2. Baas Martin, Worms, 3. Schmitt, Frankenthal.
 - R. 4. 1er Kajal für Männer jun. 1000 Meter, Kl. 1: 1. Rubin, Worms, 3.45.2, 2. Anez, Ludwigshafen, 3.48.3, 3. Wöbel, Frankenthal, 3.49.4.
 - R. 5. 2er Kajal für Frauen, 600 Meter, Kl. 10: 1. Hub-Baas, Worms, 2.25.9, 2. Gensheimer-Roring, Ludwigshafen, 2.40.2, 3. Seider-Blumenheim, Schw. Frankenthal, 2.50.1.
 - R. 6. 2er Kajal für Männer, Anfänger, 800 Meter, Kl. 4:

- 1. Karl-Schopp, Speyer, 3.02.2, 2. Medert-Griesheimer, Schw. Lampertheim, 3.07.8, 3. Mannebach-Hannemann, Worms, 3.09.9.
- R. 8. 2er Kajal für Männer sen., Kreisweitschiff, 1000 Meter, Kl. 10: 1. Zurlufen A. Renner, R. Worms, 3.40.6, 2. Simon M. Köhler, Karlsruhe, 3.44.6, 3. Geil-Georg Jaf., Sandhofen, 3.53.3.
- R. 9. 1er Kajal für Männer sen., 1000 Meter, Kl. 1: 1. Berzberger, Sandhofen, 3.40, 2. Krummed, Erlen, 3.40.8, 3. Zurlufen, Worms, 3.41.4.
- R. 10. 2er Kajal für Männer jun., 1000 Meter, Kl. 4: 1. Kollmann-Dutenhöfer, Speyer, 3.40, 2. Erlen, 3.49.4, 3. Krüselbauer-Ruhn, Worms, 3.50.
- R. 13. 2er Kajal für Männer sen. 1000 Meter, Kl. 4: 1. Erlen, 3.39.8, 2. Demmerle-Grieshaber, Speyer 3.41.9, 3. Krümel J. Krümel, Lampertheim 3.50.
- R. 14. 2er Kajal für gem. Mannsch. 800 Meter, Kl. 10: 1. Zimmermann E. Geiß S., Worms, 3.05.2, 2. Masewitz-Masewitz S., Worms, 3.06.4, 3. Erlen, 3.14.4.
- R. 15. 4er Kajal m. St. für Frauen, 600 Meter, Kl. 7: 1. Schw. Frankenthal, 2.47, 2. Berzberger, 2.48.1.
- R. 16. 2er Kajal für Männer über 35 Jahre, 600 Meter, Kl. 10: 1. Worms, Sieg ausgeprochen.
- R. 17. 1er Kajal für Frauen, 600 Meter, Kl. 1: 1. König, Worms, 2.52.2, 2. Hub, Worms, 2.54, 3. Rolle, Sandhofen, 3.11.
- R. 18. 2er Kajal für Jugend männl., 600 Meter, Kl. 4: 1. Sandhofen, 2.40, 2. Nagel-Schäfer, Frankenthal, 2.40.8, 3. Rotherberger-Büsch, Darmstadt, 2.45.3, Griesheimer-Krämer, Lampertheim, 2.45.2.
- R. 19. 2er Kajal für Männer jun., 1000 Meter, Kl. 10: 1. Weinmann-Rogel, Karlsruhe, 3.47.6, 2. Kälber-Eitel, Ludwigshafen, 3.59.4, 3. Sandhofen und Worms, totes Rennen, 4.01.3.
- R. 20. 4er Kajal m. St. für Männer, 1000 Meter, Kl. 7: 1. Berzberger, 3.04.6, 2. Frankenthal, aufgehoben bei 500 Meter.
- R. 21. 2er Kajal für Männer über 35 Jahre, 600 Meter, Kl. 4: Adler-Dies, Schw. Frankenthal, 2.46.4, 2. Wink-Schneider, Darmstadt, 2.46.6.
- R. 22. 2er Kajal für gem. Mannsch. 600 Meter, Kl. 10: 1. Heilmann-Ruh, Worms, 2.47, 2. Gögell-Hild, Schw. Frankenthal, 2.51.4.
- R. 23. 2er Kajal für Männer, 1000 Meter, Kl. 2: 1. Volk-Detrai, Lampertheim, 3.29.2, 2. Kroon-Stemmler, Karlsruhe, 3.35, 3. Wehrle-Baublich, Karlsruhe, 3.43.2.
- R. 24. Herausforderungskampf im 4er Kajal m. St., 1000 Meter: 1. Speyer 3.14, 2. Worms 3.17.

Süddeutsches Ländertreffen der Schützen am 16. und 17. August in Pforzheim

Wichtig ist es, das das Ländertreffen der Arbeiter-Schützen aus Baden, Württemberg und Bayern-Wien zu Pforzheim werden sollte. Die Idee und auch die Durchführung hat die Initiative von dem Pforzheimer Arbeiter-Schützenverein, der am Samstag nachmittag um 2 Uhr auf dem herrlich gelegenen Marktplatz, auf dem die Pforzheimer Schützenvereine in einem Steinbruch eine herrliche Anlage mit 6 Kleinfelderschützen (50 Meterbahnen) geschaffen haben, das Fest feierten. Am Sonntag (16. August) meldeten sich zum Preiskampf im Kleinfeldschützen und Zimmerschützen, eine große Anzahl von Schützen, die von Pforzheim aus anreisen. Die ersten Preise gingen an die Pforzheimer Arbeiter-Schützen, die trotz der großen Zahl der noch zu erwartenden Teilnehmer, den Kampf aufnahmen. Mancher zeigte sein Können durch gute Resultate, die ihn sicherlich veranlassen werden, dem Arbeiter-Schützenbund beizutreten — auch wenn er nicht an dem Ländertreffen teilnimmt, die einen Preis mit nach Hause nehmen konnten. Er wird aber bestimmt empfinden haben, welche großen Reize der Schießsport in sich trägt.

Beirühungsabend

Trotz all der Wollen will es nicht regnen, und so naht der Abend mit ihm eine immer mehr sich steigende Masse auswärtiger Schützenvereine. Speyer, Karlsruhe und eine Reihe badischer Arbeiter-Schützen den Willkommensgruß an die auswärtigen Gäste und an die anwesenden Pforzheimer organisierten Arbeiter überbringt. Besonders alt sein Gruß auch dem Vertreter der Pforzheimer Arbeiter-Schützen, Herrn Verwaltungsdirektor Gösmann, der den Preis der Arbeiter-Schützenvereine und dem erschienenen Bundesvorsitzenden, des Deutschen Arbeiter-Schützenbundes, Meißner-Karlsruhe, dem Verwaltungsdirektor Gösmann begrüßte die Teilnehmer, vor allem aber die bereits erschienenen auswärtigen Gäste. In Vertretung des Oberbürgermeisters geleite sein Gruß allen Arbeiterschützen aus den süddeutschen Gauen. Er schloß seine Ausführungen mit dem Wunsch, daß die Teilnehmer die besten Erinnerungen mitnehmen möchten und im friedlichen Kampfe gute Erfolge heimzubringen möchten, auf daß in besseren Zeiten ein neuer Besuch folge. Nach herrlichen Worten fand Herr Meißner vom Verbandsverein. Er schloß seine Beirühung mit dem Gruß der Arbeiter-Schützen: „Gut Nacht!“

Darnach nahm der Bundesvorsitzende der Arbeiter-Schützen, Gen. Meißner, das Wort. Im Auftrage des Bundesvorstandes begrüßte er alle anwesenden Schützen. Besonders Grüße gelten den Frankfurtern, die wie die meisten Vereine, erst morgen eintreffen werden, und anderen Vereinen aus der Rheinpfalz, deren Arbeit durch die langen Sommerferien gebindert worden ist. Was ihnen die Lage in Pforzheim ein Anzeichen zum weiteren Ausbau unserer Organisation sein. Wir sind nach Pforzheim gekommen, weil wir hier bestmögliche Schützenvereine haben, die durch ihre Platzanlage die aus eigenen Kraft heraus geschaffen worden ist, beweisen, was Arbeiter-Schützenvereine zu leisten vermögen, ohne in Abhängigkeit anderer Vereine zu geraten. Unsere Aufgabe ist es, die Arbeiter-Schützen in den Reihen der bürgerlichen Sportvereine herauszuheben, um sie in das Heer der Massenbewegten Arbeiterportier einzureihen. Das herrliche Willkommen der organisierten Pforzheimer Arbeiter-Schützen wird treffend gesagt, daß das Schießen der Arbeiter-Schützen nicht der Liebe zum Sport, sondern der Liebe zum Sport ist. Ein von den Beirühungsmitgliedern begrüßte aufgenommene „Frei Schütz überbrachte Gen. Spärl-Kornwestheim als Vertreter des Gauess Württembergs die Grüße seines Gaus.

Die Reden waren umrahmt von Gesangsbeiträgen der Männervereine des Pforzheimer Volkschors und Musikverbindungen einer Gruppe des Musikvereins „Cäcilia“. Noch lange hielt treue Gedächtnis der Teilnehmer bei dem Trunk und froher Stimmung, die Musik und Volkschor sowie begabte Vortragskünstler nicht untergehen lassen, zuammen.

Der Festtag

Der Sonntag vormittag sah bei strahlendem Sonnenschein alle Vereine im ersten Streite. Da waren sie herbeigeeilt aus Frankfurt, Bamberg, Ludwigshafen, Kaiserslautern, Konstanz, Stuttgart und anderen unsäglich anderen Orten den Festtag und sein 800 Teilnehmer festlich begrüßten. Weit ins Land hinaus grüßten die Fahnen der Deutschen Republik, der Arbeiter-Schützen und die rote Fahne als Symbol des Menschheit befreuen und Notorräder, die neben der Fahnen die Teilnehmer begrüßten. Und mitten in diesem Trübel kämpften die Arbeiter-Schützen im Kleinfeld, die die Palme des Sieges, die ihnen 8 Mannschaften der Zimmerleute, die an einem dafür

hergerichteten Stand schossen und die Karlsruhe Jungschützen, die durch ihre Schüsse im Bogenschießen recht wirksam für diesen Zweck des Schießsports warben. Drei Männermannschaften, Selen, Baden-Wies und Württemberg, kämpften im Kleinfeldschützen und dann kamen auf allen Ständen den ganzen Tag über bis um 6 Uhr abends die Einzelkämpfe, die um die Ehre der Preise schritten. Zeitweise herrschte ein köhligender Andrang an den Ständen. Die festlich hergerichtete Bühne der Arbeiter-Schützen hatte um die Mittagszeit schwer zu schaffen. Gegen 3 Uhr kamen unter Führung einer Musiktruppe noch die Sänger und Sängerinnen des Volkschors und eine Reihe weiterer Gäste, die nach rund 2000 Menschen



Ein erschütternder Tatsachenbericht über den Nationalsozialismus und Faschismus! Preis des Buches **Mk. 2.75** In modernem, farbigem Photomontage-Umschlag.

Schwer lastet das Schicksal über Italien. Durch faschistische Willkür gefesselt, wehrlos, seiner geistigen Freiheit beraubt, erträgt es Mussolini als Diktator. Zerstückte Arbeiterorganisationen, zerstörte Zeitungsdruckereien, in Brand gesteckte Volkshäuser kennzeichnen den Weg, Mißhandlung und Mord brachten den Renegaten zur Macht. Aber die Geschichte zeigt, daß noch jede Tyrannie gestürzt ist. Nichts wird vergessen. Für alles kommt der Zehntag. — Die Erinnerungen des früheren Chredaktors des sozialistischen „Avanti“ brachten als Vorabdruck in der Abendausgabe des „Vorwärts“ bereits einen vollen Erfolg. Sie sind ein wertvolles Geschichtsdokument.

Volksfreund-Buchhandlung
Karlsruhe, Waldstr. 28, Tel. 7020/21

einem Ameisenhaufen gleich den Festtag füllten, als der Vorsitzende der Pforzheimer Sozialdemokratie durch das Mikrophon der Lautsprecheranlage zu den Massen sprach. Seine ersten Worte galten der Übermittlung der Grüße der Pforzheimer Sozialdemokratie, der Gewerkschaften und Arbeiterportier an die Arbeiter-Schützen. Dann folgte der Ruf zur bevorstehenden Reichstagswahl. Während wie Gen. Heinrich Klein auf die Angriffe der Reaktion auf die Rechte der Arbeiter hin, er appellierte an die Geschlossenheit der gesamten Arbeiterbewegung in diesem Kampf und setzte an der Bekämpfung der Rechte der Arbeiterportier durch die Nazi-Regierung in Thüringen, daß auch die Arbeiterportier alle Kräfte haben, auf der Seite der ihre Interessen vertretenden Sozialdemokratie in den Wahlkampf einzusetzen, indem sie die gesamte Arbeiterkraft mobilisieren helfen, auf daß sie am 14. September die Liste 1, die Liste der Sozialdemokratie, wähle. Gen. Klein fand mit seine Ausführungen lebhaften Beifall.

Ungehemmt nahm das Schießen seinen Fortgang. Die Ergebnisse dieses Ländertreffens werden wir noch mitteilen.

Zusammenfassend kann auch hier gesagt werden, daß dieses Fest der Arbeiter-Schützen ein Karfreitag sein wird in der Weiterentwicklung und Entwicklung dieser Sparte innerhalb des Arbeiterorts.

Aus der Stadt Durlach

Jahresbericht des städtischen Fürsorge- und Jugendamtes

Der vor Kurzem herausgekommene Jahresbericht des städtischen Fürsorge- und Jugendamtes 1929/30 enthält wieder eine Fülle von Merkwürdigkeiten und Interessanten, aber auch Bekehrungen. Der gesamte Fürsorgeaufwand der Stadt betrug für das Rechnungsjahr 1. 4. 29 bis 31. 3. 30 auf M. 832.816, wovon M. 403.448 durch Einnahmen gedeckt sind, während M. 429.368 durch städtischen Zuschuß gedeckt werden mußten. Der Bericht stellt fest, daß diese Summe etwa denen des städtischen Gesamtetats im Jahre 1913 entsprechen, mit dem Unterschied, daß damals der ungedeckte und durch städtische Steuern aufzufüllende Aufwand mit rund M. 340.000 in rund M. 90.000 hinter dem im letzten Jahre zum Fürsorgeaufwand auf leistenden städtischen Zuschuß zurückblieb. Die Hauptursache dieses ungeheuerlichen, und wie der Bericht offen sagt, nicht mehr lange tragbaren Fürsorgeaufwands liegt in der schweren Wirtschaftslage und ihrer twisshäften Bevölkerung, der Erwerbslosigkeit. Und hier wiederum in dem rapiden Wachstum der sog. „Wohlfahrtsverwerbslosen“, d. i. der von der Erwerbslosen- und Krisenunterstützung ausgesetzten und restlos von der gemeindlichen Fürsorge zu betreuenden Erwerbslosen. Die Zahl dieser Wohlfahrtsverwerbslosen betrug am 31. 3. 30 = 881, d. i. 27 % der Erwerbslosen überhaupt (am 31. 3. 30 = 1296). Von den 882 Wohlfahrtsverwerbslosen waren am Ende des Berichtsjahres 81 als Notstandsarbeiter beschäftigt. Ueber Alter und Beruf der 251 in Unterfütung stehenden macht nun das Fürsorgeamt genaue statistische Angaben im Bericht. Danach standen 15 Leute im Alter von 35 Jahren und darunter, 40 waren zwischen 36-50 Jahre und 56 waren über 50 Jahre alt. Mit andern Worten 3 Fünftel dieser wohl schon seit Jahr und Tag Erwerbslose stehen selbst von rüchichtslos kapitalistischem Standpunkt aus betrachtet, in voller Arbeitskraft auf der Straße. Rund 1/4 sind an lerne, weitere 10 % angeleitete Arbeiter.

Da sich die Zahl der Wohlfahrtsverwerbslosen im Berichtsjahr um 122 % vermehrt hat und dieses Anwachsen auch im laufenden Jahre kaum geringer sein dürfte, sieht der Bericht die Zukunft sehr düster. Schärfer wendet er sich gegen das Bestreben der maßgebenden Stellen im Reich. Die Erwerbslosenunterstützung durch Leistungsbau und verhöhrte Zuschußleistungen mag an „Jauern“, ja diese Sanierung wohl restlos auf Kosten des Fürsorgeaufwands der Städte und Fürsorgeverbände gehe, welche andererseits ein Grund der bestehenden Fürsorgegesetzgebung nicht nur all Hilfsbedürftigen, also auch die von der Erwerbslosenversicherung Abgesonderten zeitlich unbenutzt zu betreten, sondern daneben auch noch 1 Fünftel des aus der Krisenfürsorge erwachsenden Aufwands dem Reich zu erlegen hätten. Das sei auf die Dauer untragbar. Das Reich habe die Pflicht, unbeschadet seiner Finanzlagen, die Erwerbslosen für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit zu unterstützen, nur auf diesem Wege könnten die Gemeinden lebensfähig erhalten werden. Nun hat aber die Stadt auch eine ganze Reihe von Notstandsarbeiten durchgeführt und in den letzten 6 Jahre über 1.000.000 Anleihen zu diesem Zweck aufgenommen, für welche ein jährlicher Zinsaufwand von M. 72.000 aufzubringen ist. Wie schwer die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Stadt zu liegen liegen, illustriert am besten die im Bericht genannten Zahlen in den einzelnen Unterfütungsarten.

Es fanden in der Allgemeinen Fürsorge laufend in Unterfütung	Personen
einmalig oder vorübergehend	466
In der Sozialrentnerfürsorge laufend	257
einmalig oder vorübergehend	41
In der Kleinrentnerfürsorge laufend	134
einmalig oder vorübergehend	17
In der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge (dies sind natürlich nur solche, für welche gemeindliche Unterfütung gewährt wurde) laufend	96
einmalig oder vorübergehend	58

Die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, für welche die Unterfütungsaufwand voll vom Reich wieder ersetzt wird, wolle folgende Zahlen auf:

- a) Kriegsbeschädigte 236 mit 84 Kindern.
- b) Hinterbliebene 331.

Darunter 94 Kriegserwitwen und 185 Halb- und Vollwitwen, die übrigen erhalten Elternrenten oder Witwenbeihilfen.

Es fanden also in Unterfütung durch das Fürsorgeamt an städtischen Mitteln rund 1700 Personen. Nimmt man die durch die städtische Tuberkulose- und Trinkerfürsorge betreuten nicht in Rechnung des ganzen Personalkreises hinzu, dürfte es nicht zu hoch gerufen sein, wenn man etwa 15 % der Bevölkerung als durch städtische Mittel dauernd aber vorübergehend unterfütigt annimmt. Rechnet man weitere 1000 in Erwerbslosigkeit oder Krisenunterstützung stehender nicht Angehörigen hinzu und stellt die Tafel fest, daß weitere 500 Annulliden-Witwen-ect-Rentner nur von ihrer mehr als bescheidenen Rente und etwaigen sonstigen kleine Hilfsquellen leben, dann erahnt sich das erschütternde Bild, da etwa 30 % der Bevölkerung unter den allerbüchrigsten Verhältnissen zu leben, man kann auch sagen so vegetieren gezeugen sind, während vielleicht weitere 40 % infolge Kurzarbeit mit verminderten Einnahmen aus dem Verkauf ihrer Arbeitskraft rechnen müssen.

Erwähnung verdient noch die Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, welche im Berichtsjahre 404 Säuglinge, 618 Kleinkinder, 158 Schul Kinder und 28 Jugendliche betreute. Und endlich verdient noch als Stichwort aus dem Bericht des Tuberkulosefürsorgeamtes Dr. Geißler über die Tätigkeit des städtischen Tuberkuloseauschusses für 1929 bei norgelassen zu werden, daß 5 auf 1000 Einwohner die mindestens 1 sterblichkeit hier mit etwa 15 % der Bevölkerung aus dem Leben in allen größeren Städten Badens ist. Wenn zum Schluß noch ein Wort zur städtischen Kindererholungsfürsorge zu sagen ist, sei festgesetzt, daß auf Kosten des Jugendamtes 76 Kinder in Erholungsheimen untergebracht wurden, während die Kindererholungsämter der Arbeiterwohlfahrt 138 Kinder, die des Caritasauschusses 8 Kinder umfachte, welche durchweg auf Grund schulärztlicher Unterfütung als erholungsbedürftig bezeichnet waren. Daneben wurde noch für etwa 200 Schulkinder und etwa 80 werdende Mütter Kinder- und Mutterpefungen durchgeführt.

Ueberblickt man dieses ganze unbeschwer große und vielfältige Arbeitsgebiet (wir haben dabei das Gebiet der Fürsorgeerziehung, Schulaufsicht, Amtsnormundschalt etc. nicht einmal gestreift), muß auch in diesem Jahre wie im Vorjahre gesagt werden, daß das Fürsorgeamt, das mit verhältnismäßig geringem Personal die riesige Arbeit zu bewältigen hatte, wie auch die ehrenamtlich tätigen Mitarbeiter der verschiedenen Anstalten und nicht Bürgermeister Ritzel als Deszerten rüchichtslos Anerkennung verdienen.

